



Attac Deutschland . Münchener Straße 48 . 60329 Frankfurt/Main

Herr Volker Kauder
Mitglied des Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Attac Deutschland
Münchener Straße 48
60329 Frankfurt/Main
Telefon 069/900 281-10
Telefax 069/900 281-99
E-Mail: info@attac.de
Web: www.attac.de

Donnerstag, 7. März 2013

Sehr geehrter Herr Volker Kauder MdB,

bei dem bevorstehenden EU-Gipfel am 14./15. März plant der größte Teil der Staats- und Regierungschefs der EU, u.a. das Vorhaben eines „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ voranzutreiben. Insbesondere die Bundesregierung tritt als Motor dieses neuen Regelwerks in Erscheinung.

Aus der Perspektive von Attac Deutschland und vielen Bürgerinnen und Bürgern ist dieser Pakt (in offiziellen Dokumenten: Vertragspartnerschaften bzw. contractual arrangements) eine massive Bedrohung für die sozialen Errungenschaften und die Demokratie in allen Eurozonen- und EU-Staaten. Nach allem was bisher bekannt ist, stellt er eine substantielle Selbstentmachtung nationaler Parlamente – auch des Bundestages – und einen Angriff auf demokratische Prinzipien wie die Tarifautonomie dar.

Nachdem das umfassende Projekt einer vollendeten „Fiskal- u. Wirtschaftsunion“, so wie es seit dem Juni-Gipfel 2012 diskutiert wurde, zunächst nicht in einem Zuge entwickelt wird, soll nun mit dem „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ ein Kernelement auf den Weg gebracht werden. Dabei soll es sich um verbindliche bilaterale Verträge zwischen der EU-Kommission und den Mitgliedsländern der Eurozone bzw. weiteren EU-Staaten handeln. Für diese Vertragskonstruktionen steht letztlich das Modell der „Memoranden“ Pate, das die Troika seit einigen Jahren den Ländern Portugal, Griechenland und Irland aufoktroiyert.

Bundeskanzlerin Angela Merkel stellte am 24. Januar in Davos den geplanten Pakt wie folgt vor:
“Ich stelle mir das so vor – und darüber sprechen wir jetzt in der Europäischen Union –, dass wir analog zum Fiskalpakt einen Pakt für Wettbewerbsfähigkeit beschließen, in dem die Nationalstaaten Abkommen und Verträge mit der EU-Kommission schließen, in denen sie sich jeweils verpflichten, Elemente der Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, die in diesen Ländern noch nicht dem notwendigen Stand der Wettbewerbsfähigkeit entsprechen. Dabei wird es oft um Dinge wie Lohnzusatzkosten, Lohnstückkosten, Forschungsausgaben, Infrastrukturen und Effizienz der Verwaltungen gehen – also um Dinge, die in nationaler Hoheit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union liegen. Das heißt also, die nationalen Parlamente müssten solche Verträge legitimieren. Diese Verträge müssen dann verbindlich sein, sodass wir feststellen können, inwieweit sich im Euroraum die Wettbewerbsfähigkeit verbessert.”

Den Parlamenten der Mitgliedstaaten droht damit die Verdrängung von ihrem ureigenen Terrain der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Es zeichnet sich eine autoritäre Verrechtlichung der EU/Eurozone ab – zum Scha-

den der Demokratie. Ist es aus einer demokratie-politischen Perspektive vertretbar, dass den Parlamenten der Mitgliedsländer künftig umfassende Pakete von „Strukturanpassungsmaßnahmen“ zur Abstimmung vorgelegt werden, welche zwischen zwei Organen der Exekutive – den nationalstaatlichen Regierungen und der EU-Kommission – ausgehandelt wurden?

Mit einer Einbeziehung von „Lohnzusatzkosten“ und „Lohnstückkosten“ in den „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“, wie es die Bundeskanzlerin in Davos ansprach, steht eine Fortsetzung des Drucks auf die Beschäftigten und die sozialen Sicherungssysteme durch die EU/Eurozone an. Bereits heute werden Errungenschaften der sozialen Sicherungssysteme in vielen Ländern der EU/Eurozone auf dem Altar der Wettbewerbsfähigkeit geopfert. Die Beschäftigten sind massiv von der Deregulierung der Arbeitsmärkte betroffen. Der Pakt läuft auf eine weitere Beschädigung der sozialen Gerechtigkeit und eine weitere Spaltung der europäischen Gesellschaften hinaus.

Als Teil des europäischen Attac-Netzwerks setzt sich Attac Deutschland für ein solidarisches Europa ein. Deshalb plädieren wir u.a. für

- ein Ende der Kürzungspolitik in der Eurozone/EU und eine Rücknahme des Fiskalpakts;
- eine europäisch koordinierte Vermögensabgabe, einen europäisch koordinierten Mindestlohn, ein europäisch koordiniertes Arbeitslosenversicherungssystem;
- eine konsequente Demokratisierung der EU-/Eurozonen-Institutionen, inklusive der EZB;
- eine Aussetzung des Schuldendienstes und eine Streichung sämtlicher untragbarer Schulden im Zuge eines demokratischen Schulden-Audits.

Wir fordern einen Stopp der Pläne für eine neoliberale „Fiskal- und Wirtschaftsunion“ inklusive des dazugehörigen „Pakts für Wettbewerbsfähigkeit“.

Deshalb fordern wir Sie dringend auf: Engagieren Sie sich gegen die Etablierung des „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ und damit gegen „Strukturanpassungsverträge“ zwischen der EU-Kommission und den Mitgliedstaaten und einen weiteren neoliberalen Umbau der Eurozone und der EU. Diese Maßnahmen widersprechen der Idee eines demokratischen und sozialen Europas. Setzen Sie sich darüber hinaus für eine Prüfung aller Schulden durch ein Schuldenaudit sowie die Streichung untragbarer Schulden ein.

Wir bitten um Ihre zeitnahe Antwort, um mit Ihnen eine öffentliche Debatte über die Zukunft der EU/Eurozone führen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

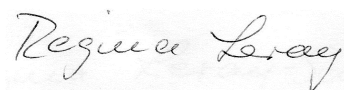
im Namen von Attac Deutschland



Georg Frigger (Attac-KoKreis)



Alexis Passadakis (Attac-Rat)



Regina Leray (PG Eurokrise)